

Aegis-Einsatz kostet Bund viel Geld

Eine knappe Million Franken für Botschaftsschutz in Tripolis

Von Markus Prazeller, Bern

Timothy Simon Spicer ist ein erfahrener Kämpfer. Allein während seiner aktiven Militärkarriere nahm er als Angehöriger der britischen Armee an drei Kriegen teil. Später, als Mitarbeiter und Chef privater Militärunternehmen, verdiente er sein Geld damit, heikle Einsätze in Kriegs- und Krisengebieten auf der ganzen Welt zu koordinieren. Und auch sein jüngster Einsatz verlangt ihm viel ab. Als er den Holdingsitz seiner Privatarmee Aegis Defence Services vor einhalb Jahren von London nach Basel verlegte, löste er damit in der Schweiz eine breite öffentliche und politische Empörung aus. Der 59-jährige Kriegsveteran tat, was er in Krisensituationen immer tat: Er kämpfte. Gegen Vorwürfen aus seiner Vergangenheit, gegen den Ruf als skrupelloser Söldnerkönig, um die politische Anerkennung.

Einen wichtigen Erfolg konnten Spicer und seine Aegis vergangenen Herbst feiern. Der Bundesrat entschied, die Mitte Oktober wiedereröffnete Schweizer Botschaft im libyschen Tripolis von Aegis-Söldnern bewachen zu lassen. Wieder wurde Kritik laut. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats forderte das Auswärtige Amt (EDA) auf, die Söldner durch Schweizer Soldaten zu ersetzen. Das EDA verwies darauf, dass es sich beim Einsatz nur um eine Zwischenlösung handle. Über die Bedingungen und Details des Einsatzes schwieg sich das EDA aus.

Fast dreimal so teuer wie Armee

Nun zeigt sich: Die Zwischenlösung des EDA war nicht ganz billig. Für den dreimonatigen Einsatz hat Aegis dem Bund 885 000 Dollar (rund 822 000 Franken) in Rechnung gestellt, zahlbar innert 30 Tagen. Das zeigt der Vertrag zwischen dem EDA und der Privatarmee, in den die BaZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz auszugsweise Einsicht erhielt. In diesen Tagen läuft dieser Vertrag aus. Anstelle der Aegis-Mitarbeiter wird die Schweizer Botschaft nun von einem Sonderdetachment der Schweizer Armee bewacht. Zum Vergleich: Der auf sechs Monate befristete Auftrag kostet den Steuerzahler 600 000 Franken – der Aegis-Auftrag war fast dreimal so teuer.

Die Frage bleibt: Wieso entschied sich das EDA bei der Vergabe des privaten Auftrags gerade für Aegis, eine Unternehmung, die in der Schweiz noch vor wenigen Monaten Schmutz und Demonstrationen provozierte? Das EDA

Aegis-Gründer.

Tim Spicer unterzeichnet am 9. November 2010 in Genf einen Verhaltenskodex der privaten Sicherheitsfirmen.

Foto Keystone



verwies auf die grosse Erfahrung der Aegis-Mitarbeiter und deren Ortskenntnisse in Tripolis. Sicher ist: Das EDA und Spicer hatten schon früher miteinander zu tun. Vor einem Jahr unterschrieb mit dem Aegis-Gründer einer der prominentesten Vertreter der Branche in Genf einen internationalen Verhaltenskodex der privaten Sicherheitsdienstleister. Initiiert wurde der «Code of Conduct» von der damaligen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey.

Doch auch für Spicer hatte der Besuch in Genf Vorteile. Nur wenige Monate nach der Aufregung um den Zugang von Aegis konnte sich die Firma als seriöses Unternehmen profilieren, das sich medienwirksam dazu verpflichtete, «die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten». Vergessen waren die international beachteten Skandale um eine angeblich illegale Waffenlieferung nach Sierra Leone oder eine umstrittene Söldneraktion in Papua-Neuguinea, in denen Spicer eine entscheidende Rolle gespielt haben soll. Vergessen waren auch die Vorbehalte,

die prominente amerikanische Politiker wie Ted Kennedy oder Hillary Clinton gegenüber einem Regierungsauftrag an Aegis machten. Spicer sei eine umstrittene Figur und in eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen verwickelt, monierte der heutige US-Präsident Barack Obama im Jahr 2005, damals noch als Senator.

«Lex Aegis» ist unumstritten

Auf diese Geschichten will Spicer heute freilich nicht mehr angesprochen werden. Wer darüber berichtet, wird mit Klagen seiner Anwälte eingedeckt. Auch gegen die Basler Zeitung hat Aegis ein Verfahren angestrengt. Am öffentlichen und politischen Druck auf Aegis in der Schweiz wird dies allerdings nichts ändern. Nächsten Mittwoch endet die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz, das im Ausland tätige Sicherheitsfirmen strenger kontrollieren will. Die «Lex Aegis» ist kaum umstritten. Die Kantone, die sich bereits geäussert haben, begrüssen die Vorlage. Selbst der Branchenverband der Sicherheitsunter-

nehmen VSSU anerkennt, dass die Problematik aus neutralitätspolitischen Überlegungen gesetzlich gelöst werden müsse.

In einigen Punkten geht die Regelung dem VSSU aber zu weit. Kritisch beurteilt der Verband die umfassende Meldepflicht. Das Gesetz sieht vor, dass künftig sämtliche Auslandseinsätze von Unternehmen, die ihren Firmensitz in der Schweiz haben, vorgängig einer Bundesstelle gemeldet werden müssen. «Dabei macht der Gesetzesentwurf keinen Unterschied, ob es sich um problematische oder unproblematische Einsätze handle», sagt Matthias Fluri vom Rechtsdienst des VSSU. Verkäufe beispielsweise eine Schweizer Sicherheitsfirma ein Videoüberwachungssystem an einen Staudambetreiber in der Türkei, sei dieses Geschäft laut dem Wortlaut des Entwurfs bewilligungspflichtig, sagt Fluri. «Damit schiesst der Bund über das Ziel hinaus», so Fluri weiter. Weder Aegis noch deren Gründer Tim Spicer haben sich im Rahmen der Vernehmlassung geäussert.

Cleantech abgelehnt

Bundesrat spricht sich gegen die SP-Initiative aus

Bern. Der Bundesrat lehnt die Cleantech-Initiative ab. Mit der für diesen Sommer in Aussicht gestellten Energiestrategie 2050 würden die Ziele der Initiative erreicht. Das Volksbegehren der SP verlangt die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Bis 2030 soll die Schweiz den Energiebedarf mindestens zur Hälfte aus solchen Energiequellen decken.

Den Umbau der Energieversorgung verfolgt auch der Bundesrat. Nach der Atomkatastrophe von Fukushima leitete die Landesregierung letzten Mai eine Energiewende ein: Er schlug dem Parlament den Ausstieg aus der Atomenergie vor, was das Parlament bestätigte.

Warten auf Energiestrategie 2050

Detailpläne für den Umbau der Energieversorgung will der Bundesrat im Sommer in die Vernehmlassung schicken und im Frühling 2013 dem Parlament unterbreiten. Er will den Atomausstieg durch die Förderung von Energiesparmassnahmen, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Effizienzsteige-

rungen, Forschung und vorübergehend durch fossile Energie bewerkstelligen. Die Regierung setzt dabei auf das Gebäudeprogramm und die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Auf andere Subventionsinstrumente will der Bundesrat verzichten. Hingegen will er die KEV ausbauen. Geprüft wird auch eine ökologische Steuerreform.

De facto wird die Energiestrategie 2050 eine Art Gegenvorschlag zur Initiative darstellen. Der Bundesrat ist allerdings der Ansicht, dass es aufgrund des im Gesetz festgelegten Zeitplans zur Behandlung von Volksinitiativen unmöglich ist, die Energiestrategie 2050 rechtzeitig vorzulegen, so dass sie auch de jure als Gegenvorschlag dienen kann.

«Mit grossem Erstaunen und grosser Enttäuschung» hat die SP den Bundesratsentscheid zur Kenntnis genommen. Mit Erstaunen, weil sich der Bundesrat zum Atomausstieg bekannt habe, und mit Enttäuschung, weil es einmal mehr scheine, dass Vorlagen aufgrund ihrer Herkunft beurteilt würden und nicht aufgrund ihrer Ziele. SDA

Nachrichten

Swisscoy-Kontingent wird aufgestockt

Bern. Das Swisscoy-Kontingent in Kosovo wird für vier Monate um 40 Personen aufgestockt. Diese sollen mithelfen, ein Feldlager abzubauen. Das Lager wird wegen Unterbelegung geschlossen, wie das VBS gestern mitteilte. Das Feldlager Casablanca in Suva Reka wird von der Schweiz und Österreich gemeinsam betrieben. Da Österreich sein Kosovo-Kontingent dieses Jahr reduzieren will, wird die Belegung des Lagers zu gering sein, um einen sinnvollen Betrieb aufrechtzuerhalten. SDA

Erdbebenversicherung stösst auf Ablehnung

Bern. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (Urek) hat gestern sowohl eine parlamentarische Initiative als auch eine ständerätliche Motion zur Einführung einer obligatorischen Erdbebenversicherung abgelehnt. Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) verlangt darin, dass das Parlament für eine obligatorische Gebäudeversicherung gegen Erdbebenschäden mit landesweit einheitlichen Prämien sorgen muss. SDA

Zu wenig Standplätze für Fahrende

Bern. Die Situation der Fahrenden in der Schweiz hat sich nicht verbessert. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht zur Umsetzung des Abkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, den der Bundesrat gestern verabschiedet hat. Der Bericht beschreibt die Situation der verschiedenen Minderheiten und der Massnahmen, die Bund und Kantone seit 2009 ergriffen haben, um die letzten Empfehlungen umzusetzen. Schwierig ist laut dem Bericht die Situation der Fahrenden, die ihre Lebensweise beibehalten haben: Es fehlt ihnen an Stand- und Durchgangsplätzen. SDA

Nationalratskommission will mehr Rodungen

Bern. Die Raumplanungskommission des Nationalrats ist damit einverstanden, die Rodung von Waldgebieten zu erleichtern. Die Kommission will dem Ständerat folgen und das Rodungsgesetz lockern. Muss für den Bau einer Produktionsanlage für erneuerbare Energien gerodet werden, soll dafür nicht mehr ein gleich grosses Stück Land aufgeforstet werden müssen. SDA

Neue Geschäftsführerin für Solidar Suisse

Zürich. Die ehemalige Zürcher Polizeidirektorin Esther Maurer (SP) wird Geschäftsführerin des Hilfswerks Solidar Suisse werden. Dies berichtet die Wochenzeitung (WOZ) in ihrer aktuellen Ausgabe. rbu

ANZEIGE

Kampfjet-Hersteller wollen vor die Untersuchungskommission

Die sicherheitspolitische Kommission kann ihre Arbeit aufnehmen

Von Beni Gafner, Bern

Nach dem Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats vom Dienstag geben sich die drei Kampfjet-Hersteller Dassault aus Frankreich, EADS (De/Gb/Sp/It) und Saab aus Schweden zurückhaltend. Die Kommission hatte aufgrund offener Fragen zum Hintergrund des Bundesratsentscheids zugunsten des Gripen von Saab beschlossen, einer Subkommission erweiterte Kompetenzen für eine umfangreiche Untersuchung zu erteilen.

«Da es sich um eine laufende Untersuchung handelt, werden wir diese nicht kommentieren», erklärte Claas Belling, Kommunikationschef bei Cassidian (EADS), Anbieter des Kampfjets Eurofighter. «Es handelt sich um eine Angelegenheit der Schweiz, zu der wir keine Stellung nehmen», hiess es aufseiten Dassaults. Und auch Saab wollte den politischen Entscheid, den man respektiere, nicht weiter kommentieren. Alle drei Anbieter signalisierten gleich-

zeitig ihre Bereitschaft, allfälligen Einladungen der zuständigen Subkommission des Nationalrats Folge zu leisten. «Saab wird zur Verfügung stehen, die Untersuchung zu unterstützen, sofern es gewünscht wird», verlautete aus Schweden. Auch Claas Belling von EADS erklärte auf Nachfrage, man sei selbstverständlich bereit, Auskunft zu erteilen. Dasselbe Signal kam aus der Rafale-Zentrale in Paris.

Langen Fragenkatalog vorbereitet

Der Präsident der mit der Untersuchung beauftragten Subkommission, Nationalrat Thomas Hurter (SVP, SH), erklärte gegenüber der BaZ, er habe mit dieser Bereitschaft gerechnet, da es nicht zuletzt um das Renommee der Firmen gehe. Gemäss Hurter sollen sämtliche bisher öffentlich aufgeworfenen Fragen auf den Tisch kommen. Er habe bereits einen langen Fragenkatalog vorbereitet, den er der Rüstungsbeschafferin Armasuisse und dem Verteidigungsdepartement vorlegen werde.

CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836

APERITIF KONFEKT:
SO ZART, SO LUFTIG, SO LEICHT

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

Sprüngli